

**STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN**

Wirtschaftskalender

2. Vierteljahr 1967



VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

I n h a l t

	Seite
1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 2. Vierteljahr 1967	3
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung	9
3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage	9

Erschienen im Oktober 1967

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM -,50

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
3	1. April	<p>Siebentes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 10. März 1967.</p> <p>Die wichtigsten Verbesserungen sind:</p> <p>Anhebung der Hauptbeträge des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe um 15 %, Erhöhung der Familienzuschläge, Eingliederungsdarlehen, Unterhaltsgeld bei Umschulung</p>	Arbeitslosenversicherung
4		<p>Verordnung über die Aufhebung der Zinsverordnung und von Bestimmungen über die Kosten für Teilzahlungsfinanzierungs- und Kleinkredite vom 21. März 1967.</p> <p>Freigabe der bisher gebundenen Einlagezinsen (Habenzinsen) und Kreditzinsen (Sollzinsen) sowie der Gebühren für Teilzahlungsfinanzierungs- und Kleinkredite</p>	Geldmarkt
5		Die im Steueränderungsgesetz vom 23. Dezember 1966 beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer für hochprozentige Weine in Kraft getreten	Branntweinsteuer
6	14. April	<p>Bundesbank ermäßigt erneut</p> <p>Diskontsatz von 4 % auf 3 1/2 %, Lombardsatz von 5 % auf 4 1/2 %, Abgabesätze für Geldmarktpapiere je nach Laufzeit um 1/8 % bis 1/2 %</p>	Geldmarkt
7	15. April	<p>Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei der Stilllegung von Steinkohlenbergwerken vom 11. April 1967.</p> <p>Aktionsgemeinschaft Deutsche Steinkohlenreviere GmbH unter bestimmten Voraussetzungen von Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Vermögensteuer, Gesellschaftsteuer und Umsatzsteuer befreit.</p> <p>Steuerliche Vergünstigungen für Veräußerungsgewinne und für Stilllegungsprämien</p>	Steinkohlenbergbau Steuern
8		Gesetz über die Aufnahme und Bereitstellung von Krediten zur Belebung der Investitionstätigkeit und zur Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums im Rechnungsjahr 1967 (Kreditfinanzierungsgesetz 1967) vom 11. April 1967.	Staatsfinanzen Kapitalmarkt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
noch 8	noch 15. April	Zur Belebung der Investitionstätigkeit soll die Bundesregierung im Rechnungsjahr 1967 2,5 Mrd. DM an Krediten beschaffen, und zwar insbesondere für Bundesbahn bis zu 750 Mill. DM Bundesfernstraßenbau bis zu 534 Mill. DM Bundespost bis zu 485 Mill. DM Wohnungsbau bis zu 350 Mill. DM Landwirtschaft bis zu 200 Mill. DM Ausgabe von 850 Mill. DM im "Sofortprogramm" nunmehr gesetzlich geregelt (siehe lfd. Nr. 22 des Wirtschaftskalenders zum 1. Vierteljahr 1967)	
9	25. April	Begebung einer Bundesanleihe in Höhe von 250 Mill. DM; Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 97 1/4 %, Laufzeit 12 Jahre. Anleihe voll untergebracht	Kapitalmarkt
10	1. Mai	M A I Löhne und Gehälter in der Chemischen Industrie im Saarland um 3,4 % bzw. 3,8 % erhöht	Löhne und Gehälter
11		Zentralbankrat senkt Mindestreservesätze der Kreditinstitute erneut um 5 % gegenüber dem Stand vom Februar 1967 (dadurch Verringerung des Reservesolls um rd. 850 Mill. DM)	Kreditwesen
12	6. Mai	Abschluß der deutsch-britisch-amerikanischen Dreiergespräche über Devisenhilfe zur Erleichterung der Stationierungskosten. Während des Zeitraums Juli 1967 bis Juni 1968 Kauf von mittelfristigen amerikanischen Staatspapieren in Höhe von rd. 2 Mrd. DM durch die Deutsche Bundesbank. In der Zeit von April 1967 bis März 1968 Ausgaben von 550 Mill. DM für militärische und zivile Beschaffungen in Großbritannien	Zahlungsbilanz Wertpapiermarkt
13	8. Mai	Bundesbank ermäßigt erneut Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen: mit Wirkung vom 8. Mai um 1/8 % bis 1/4 % je nach Laufzeit, mit Wirkung vom 10. Mai um je 1/8 % bei Laufzeiten von 1 1/2 und 2 Jahren	Geldmarkt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
14	11. Mai	<p>Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 3. Mai 1967.</p> <p>Wichtigste Auswirkungen:</p> <p>Erhöhung der Grundbeträge für Hauptentschädigung. Erhöhungsbetrag sowie Zinsen werden jedoch erst ab 1972 ausgezahlt.</p> <p>Zonenflüchtlinge können Vermögensabgaben stunden lassen, wenn sie Vermögensschäden in der Zone nachweisen</p>	Lastenausgleich
15	12. Mai	<p>Bundesbank ermäßigt erneut:</p> <p>Diskontsatz von 3 1/2 % auf 3 %, Lombardsatz von 4 1/2 % auf 4 %, Abgabesätze für Geldmarktpapiere, und zwar um 1/4 % für unverzinsliche Schatzanweisungen und um 3/8 % für Schatz- und Vorratsstellenwechsel</p>	Geldmarkt
16	30. Mai	<p>Verordnung über die Festsetzung des Richtpreises für Milch für das Milchwirtschaftsjahr 1967/68 vom 30. Mai 1967 (am 3. April in Kraft getreten).</p> <p>Richtpreis ab Hof für ein Kilogramm Milch mit einem Fettgehalt von 3,7 % wird auf 38,5 Pf festgesetzt</p>	Preise
17	1. Juni	<p style="text-align: center;">J U N I</p> <p>Lohnerhöhungen:</p> <p>in der papier- und pappeverarbeitenden Industrie im Bundesgebiet (außer Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Berlin; in Niedersachsen und Bremen bereits ab 1. März) um etwa 2,1 bis 5,6 %; ferner Arbeitszeitverkürzung im Bundesgebiet von 41 auf 40 Wochenstunden (gültig bereits ab 1. Januar 1967);</p> <p>in der holzverarbeitenden Industrie in Rheinland-Pfalz und Saarland um etwa 1,7 bis 2,2 % (siehe auch lfd. Nr. 1)</p>	Löhne, Arbeitszeit
18	2. Juni	<p>Umsatzsteuergesetz (Mehrwertsteuer) vom 29. Mai 1967. Ablösung der bisher angewandten Bruttoumsatzsteuer durch eine Nettoumsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ab 1. Januar 1968 (Darstellung der wichtigsten Auswirkungen im Wirtschaftskalender zum 1. Vierteljahr 1968)</p>	Steuern

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
19	2. Juni	Bundesbank ermäßigt Abgabesätze für kurzfristige Schatzwechsel und Vorratsstellenwechsel um je 1/4 %	Kreditmarkt
20	5. Juni	Deutsch-tunesisches Abkommen über einen Kredit in Höhe von 40 Mill. DM unterzeichnet	Entwicklungshilfe
21	6. Juni	Aufgrund der israelisch-arabischen Kriegshandlungen verfügt die Vereinigte Arabische Republik die Sperrung des Suezkanals	Seeschifffahrt
22	11. Juni	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Preise für Milch vom 2. Juni 1967. Festsetzung von gestaffelten Preisen für Trinkmilch (Mindestfettgehalt 3 %) und Markenmilch nach Art der Auslieferung und der Abfüllung. Für Verbraucher z. B. Erhöhung des Milchpreises um durchschnittlich 2 Pf auf 52 Pf bis 77 Pf je Liter	Preise
23	14. Juni	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967. Schaffung eines Instrumentariums zur Konjunktursteuerung der Wirtschaft. Die wichtigsten Bestimmungen sind: Bund und Länder haben bei ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten; Bundesregierung legt Bundestag und Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor; Bundesregierung stellt Orientierungsdaten für "konzertierte Aktionen" bei Gefährdung des wirtschaftlichen Gleichgewichts auf und beschließt Maßnahmen für eventuelle Beseitigungen von außenwirtschaftlichen Störungen; Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage bei der Deutschen Bundesbank; zur Konjunkturbelebung kann die Bundesregierung zusätzliche Kredite bis zu 5 Mrd. DM aufnehmen; Aufstellung konjunkturgerechter Haushaltspläne aufgrund einer fünfjährigen Finanzplanung und Erstellung mehrjähriger Investitionsprogramme; Richtlinien über Gewährung bestimmter Finanzhilfen aus Bundesmitteln; Bildung eines Konjunkturrates zur Abstimmung aller anstehenden konjunkturpolitischen Maßnahmen;	Staatsfinanzen Kapitalmarkt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
noch 23	noch 14. Juni	Maßnahmen auf dem Gebiet der steuerlichen Sonderabschreibungen und Gewährung bestimmter Investitionsprämien; Variierung der Einkommen- und Körperschaftsteuer bis zu 10 % nach oben und unten	
24	19. Juni	Deutsch-türkisches Finanzhilfeabkommen in Höhe von rd. 184 Mill. DM unterzeichnet	Entwicklungshilfe
25	30. Juni	Erfolgreicher Abschluß der Verhandlungen zwischen den Mitgliedern des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) zur Liberalisierung des Welt Handels (Kennedy-Runde). Die beteiligten Länder, die etwa 80 % des gesamten Welthandels bestreiten, senken ihre Zölle für Industrieerzeugnisse über fünf Jahre gestaffelt um 30 % bis 40 %, in einigen Fällen um 50 % und mehr	Zölle
26	Juni	Durch Ölboykott der arabischen Staaten sowie Sperrung des Suezkanals Verteuerung verschiedener Mineralölprodukte wie Heizöl, Benzin und Dieselmotorkraftstoff	Preise

2. Klimadaten und vorherrschende Witterung

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in °C vom langjährigen Mittel	Niederschlagsmenge	Sonnenscheindauer	Vorherrschende Witterung
		in % der langjährigen Durchschnitte		
April	-1,0 bis -1,5 ¹⁾	80 bis 120 ²⁾	90 bis 110	Im ganzen Bundesgebiet zu kalt, überwiegend zu trocken. Die Sonnenscheindauer bewegte sich um die Bezugswerte
Mai	+0,5 bis 0,0 ³⁾	120 bis 180 ⁴⁾	90 bis 100 ⁵⁾	Im Norden etwas zu warm, im mittleren und südlichen Bundesgebiet etwas zu kalt. Überwiegend zu naß. Die Sonnenscheindauer blieb größtenteils unter den Bezugswerten
Juni	-0,5 bis -1,0 ⁶⁾	60 bis 120	85 bis 100 ⁷⁾	Zu kühl und größtenteils zu naß. Die Sonnenscheindauer bewegte sich um die Bezugswerte

1) Norden -0,5 bis -1,0°C. - 2) Süden 40 % bis 105 %. - 3) Süden und Südwesten +0,2 bis -1,3°C. - 4) Süden 80 % bis 130 %. - 5) Süden 95 % bis 110 %. - 6) Süden -0,7 bis -1,4°C. - 7) Süden und Südwesten 90 % bis 110 %.

Quelle: Deutscher Wetterdienst, Zentralamt, Offenbach a. Main

3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage

Monat	Kalendertage	Werktage		Sonn- und Feiertage ¹⁾
		insgesamt ¹⁾	darunter Sonnabende	
April	30	25	5	5
Mai	31	24 (23)	4	7 (8)
Juni	30	25	3	5
2. Vierteljahr 1967	91	74 (73)	12	17 (18)

1) Eingeklammerte Zahlen für Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Saarland und bayerische Gebiete, wo Fronleichnam (25. Mai) gesetzlicher Feiertag ist.